NDB-Artikel

Kaiser, *Jakob* Politiker, * 8.2.1888 Hammelburg, † 7.5.1961 Berlin-Dahlem. (katholisch)

Genealogie
V Johann (1854–1939), Buchbindermeister u. Stadtkämmerer in H.;

M Elisabeth Zwecker (1861–1924);

⚭ 1) Nürnberg 1918 Therese (1889–1952), *T* d. Spielwarenfabr. Joh. Mohr in Nürnberg, 2) Königswinter 1953 Dr. rer. pol. Elfriede Nebgen (1890-1983), aus Hildesheim, Gewerkschaftspolitikerin, aktiv im Widerstand gegen das Nationalsozialismus-Regime;

2 *T* aus 1), u. a. Elisabeth (⚭ Hans Katzer, * 1919, Soz.politiker).

Leben
Nach 7jähriger Volksschulzeit, Buchbinderlehre (1904 Geselle in Hammelburg), Besuch der Buchbinderfachschule in Schwiebus und Berufsarbeit in Hammelburg und Feldkirch (Vorarlberg) trat K. 1906-12 als Buchbinder in Nürnberg führend im örtlichen Kolping-Gesellenverein hervor (1911 Senior). Nach Ausbildung in einem „Großen Kurs“ beim „Volksverein für das katholische Deutschland“ in Mönchen-Gladbach wurde er 1912 Sekretär des Kölner Kartells der Christlichen Gewerkschaften. Diese Tätigkeit wurde nach Unterbrechung durch Kriegsdienst als Infanterie-Unteroffizier (bis zu einer 2. schweren Verwundung) 1917 wieder aufgenommen.

K. unterstützte 1915-20 Heinrich Brauns und Adam Stegerwald in ihrem Ziel, die Zentrumspartei zu einer überkonfessionellen christlich-sozialen Volkspartei auszuweiten. Stegerwaids darauf bezogene Rede auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Essen 1920 wirkte bei K. zeitlebens, besonders bei der Gründung der CDUD 1945 nach. K.s Tätigkeit in den Christlichen Gewerkschaften stand stets unter dem politischen Gesichtspunkt parteipolitischer und später auch gewerkschaftspolitischer „Sammlung“ in sozial- und nationalpolitischer Absicht („Arbeiterschaft, Volk und Staat“). K. war seit 1919 im Generalsekretariat und im Vorstand der Christlichen Gewerkschaften in Berlin, seit 1924 außerdem als Landesgeschäftsführer für Rheinland und Westfalen in Köln, als stellvertretender Vorsitzender des rheinischen Zentrums und (seit 1928) im geschäftsführenden Reichsvorstand des Zentrums tätig.

Im April und Mai 1933, zwischen Gleichschaltung und Auflösung der Christlichen Gewerkschaften, lehnte K. jede Konzession ab und nahm,

gemeinsam mit →Wilhelm Leuschner, das noch Ende April beschlossene Zukunftsprogramm der Einheitsgewerkschaft in die Jahre des politischen Untergrunds und Widerstands hinein. Ständig gefährdet, 1938 monatelang in Gefängnishaft, offiziell mit der Vertretung der Rechte ehemaliger Gewerkschaftsangestellter befaßt, baute K. Untergrundverbindungen in Berlin und Köln aus und stellte mit Leuschner 1941 die Verbindung zu Goerdeler her. Er war damit bald über die Pläne unterrichtet, die zum Attentat des 20.7.1944 führten. K. war als stellvertretender Vorsitzender der Einheitsgewerkschaft vorgesehen und verfolgte mit Leuschner das Ziel einer „Partei der Arbeit“, das heißt einer die alten ideologischen Schranken überbrückenden, nichtmarxistischen linken Volkspartei. Nachdem Goerdeler, Leuschner und andere verhaftet worden waren, bezog K. ein Versteck in einem Keller in Babelsberg, wo er bis zum Kriegsende unerkannt blieb.

Im Frühsommer 1945 knüpfte K. in Berlin an die Pläne einer Einheitsgewerkschaft an und beteiligte sich für die Christlichen Gewerkschaften an der Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Zwar blieb er der Gewerkschaftsbewegung, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung im Rheinland und in Westfalen, weiterhin eng verbunden. Doch verlagerte sich seine Tätigkeit seit Juni 1945 zunehmend auf die Partei- und Nationalpolitik. Er gehörte zum Gründerkreis der am 10.7.1945 von der Sowjetischen Militär-Verwaltung (SMA) genehmigten Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), deren Vorsitz er nach der Absetzung des Gründungsvorsitzenden →Andreas Hermes durch die Sowjets Ende Dezember 1945 für Berlin und die Sowjetzone übernahm. K. führte die rasch wachsende Partei in einem betont gesamtdeutschen und sozialpolitischen Sinne (Schlagworte: Deutschland als „Brücke“ zwischen West und Ost sowie „Christlicher Sozialismus“). Er geriet damit in einen scharfen Gegensatz zu Konrad Adenauer, der zu den beiden Parteitagen der CDUD in Berlin 1946 und 1947 nicht erschien. K.s Bemühungen um die deutsche Einheit gipfelten im Vorschlag einer „Nationalen Repräsentation“ von Vertretern der deutschen Parteien als „erste Stufe einer gesamtdeutschen Vertretung des Volkes“ (März 1947). Die Verwirklichung des Plans scheiterte vor allem an der Weigerung Kurt Schumachers für die SPD, mit Kommunisten gemeinsam zu handeln. K.s Versuche, Schumacher umzustimmen, blieben erfolglos.

Der Plan der Nationalvertretung scheiterte in einem Moment akuter Zuspitzung des West-Ost-Konflikts nach der Moskauer Außenministerkonferenz. Die Basis für seine nationale Politik der „Brücke“ wurde immer aussichtsloser, der Druck der SMA und der SED auf die CDUD im Zeichen sogenannter „Block-Politik“ immer härter. K. nahm im Juli 1947 mit einer scharfen Rede gegen Freiheitsberaubung und „Überrumpelung“ durch die Besatzungsmacht den Kampf offen auf und trieb damit auch seinerseits auf den unerwünschten, aber unvermeidlichen Bruch zu. Seine Weigerung, an dem von der SED organisierten „Deutschen Volkskongreß“ am 6./7.12.1947 in Berlin teilzunehmen, wurde zum Anlaß dafür, daß die SMA ihm die Tätigkeit als Parteiführer in ihrer Zone untersagte. K. war damit politisch der Boden entzogen; die Ostzonen-CDU wurde gleichgeschaltet. Er verlagerte seine politische Arbeit in den Westen. Als einer der Berliner Abgeordneten im Parlamentarischen Rat (1948/49) wirkte er an der „Notlösung“ einer vorläufigen „deutschen Ordnung“ mit. Im

Sommer 1949 übernahm er die Führung der Sozialausschüsse der CDU/CSU und erhielt die Kandidatur für das Bundestagsmandat im Wahlkreis Essen. Gustav Heinemann bezeichnete ihn als den „legitimierten Sprecher für die Menschen im Osten“.

Im 1. Kabinett Adenauer erhielt K. das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Er sah es als Basis an für seine Politik der Wiedervereinigung vom „Kernstaat“ aus. K. verfolgte die politische Grundlinie, Adenauers westeuropäische Ausgleichs-, Integrations-, beziehungsweise Bündnispolitik nur soweit zu unterstützen, als sie das Hauptziel der deutschen Wiedervereinigung in der Zukunft nicht blockierte. So erreichte er zum Beispiel die Änderung des Artikel 7 III im „Deutschlandvertrag“ von 1952 (sogenannte Bindungsklausel). Er war darüber hinaus bestrebt, das Ziel der Wiedervereinigung in der Öffentlichkeit wachzuhalten. In diesem Zusammenhang stand seine Initiative zur Gründung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ (1954).

Erfolgreich trat K. für die Rückgliederung des Saarlandes an Deutschland ein. Zwar setzte er sich mit seiner Ablehnung des Saarstatuts im Kabinett und im Bundestag nicht durch, trug aber durch seine Unterstützung der für die deutsche Lösung an der Saar eintretenden Parteien entscheidend zum Erfolg des Plebiszits (gemäß dem Statut am 23.10.1955) und damit zu der von ihm sogenannten „kleinen Wiedervereinigung“ bei. K.s Saarpolitik verschärfte den Gegensatz zu Adenauer. – Kurz nach der Rückkehr des Saarlandes (Jahreswende 1956/57) erlitt K. einen|Schlaganfall, demzufolge er aus der aktiven politischen Tätigkeit ausscheiden mußte.

Literatur

W. Conze, E. Kosthorst, E. Nebgen, J. K., 4 Bde., 1967-72 *(P).*

Autor

Werner Conze

Empfohlene Zitierweise

, „Kaiser, Jakob“, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 41-43 [Onlinefassung]; URL: http://www.deutsche-biographie.de/.html

02. Mai 2025
© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften